

****01.02.2025 – Demo gegen Rechts in Hildesheim – Gegen Hass und Hetze!****

Hallo Hildesheim!

Mein Name ist Kai Weber, und ich bin der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Ich spreche hier im Namen von 500 Organisationen und Mitgliedern, die sich in Niedersachsen für die Menschenrechte nicht nur von Geflüchteten einsetzen.

In dieser Woche haben viele von uns der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedacht. Auch im Bundestag gab es eine Gedenkveranstaltung. Auschwitz - ein Ort, an dem 1,1 Millionen Menschen bestialisch und kalkuliert ermordet wurden. Hunderttausende von ihnen hätten gerettet werden können – wenn es damals eine organisierte Rettungspolitik gegeben hätte. Doch die gab es nicht.

1938, auf der Konferenz von Évian, versagte die Völkergemeinschaft. Die meisten Länder schlossen ihre Grenzen für Jüd*innen und andere Verfolgte des NS-Regimes. Sie überließen sie ihrem Schicksal.

Die Lehre aus den Verbrechen des Nationalsozialismus war klar. Und deshalb lautet die zentrale Botschaft unseres Grundgesetzes. ****Nie wieder!****

Nie wieder soll staatliche Gewalt in Deutschland Menschen ihrer Würde berauben.

Nie wieder sollen Geflüchtete vor verschlossenen Grenzen stehen.

Auf dieser historischen Verantwortung fußt unser Grundgesetz. Und aus ihr entstand auch das heutige Völkerrecht – und vor 75 Jahren die Genfer Flüchtlingskonvention.

Hunderttausende Menschen haben sich vor einem Jahr gegen die ekelhaften, demokratiezerstörenden Pläne der AfD gewendet.

Heute wirkt das demokratiezersetzende Gift der AfD bis weit in die demokratischen Parteien hinein. Am vergangenen Mittwoch, 80 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, ist im deutschen Bundestag auf Betreiben der CDU die parlamentarische Brandmauer zu den Rechtsextremisten gefallen. Erstmals hat die CDU Beschlüsse mit der Unterstützung der AfD im Bundestag umgesetzt!

Inhaltlich hat die CDU längst die Sprache und das Programm der AfD übernommen – Stück für Stück, Forderung für Forderung.

****Die CDU will:****

- Geflüchtete an den Grenzen zurückweisen – das ist völkerrechts- und europarechtswidrig! Den davon Betroffenen droht, dass sie von Staat zu Staat weitergeschoben werden und nirgendwo ankommen können. Möglicherweise drohen ihnen sogar Kettenabschiebungen bis zurück in das Verfolgerland! Deshalb hat der Europäische Gerichtshof solche Zurückweisungen verboten

- ****Den Familiennachzug abschaffen**** Menschen, die nicht zurückkehren können, weil ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen, sollen nicht mehr mit Partner*in und Kind zusammenfinden können – geht es schäbiger? In einem Brandbrief haben die beiden Kirchen gegen diesen Plan Stellung bezogen und erklärt: Das Recht auf ein Familienleben ist kein Deutschenrecht, sondern Menschenrecht!

- ****Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit unter bestimmten Umständen den deutschen Pass wegnehmen**** – Millionen Deutsche werden damit zu Staatsbürger:innen zweiter Klasse und fragen sich inzwischen: Bin ich in diesem Land noch sicher?

- ****Menschen unbefristet inhaftieren****, selbst dann, wenn sie nicht abgeschoben werden können – das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Grundgesetz! Niemand darf ohne triftigen Grund seiner Freiheit beraubt werden, schon gar nicht unbefristet! Kennt Herr Merz das Grundgesetz nicht? Oder will er Grundrechte für Menschen ohne deutschen Pass bewusst außer Kraft setzen?

Jahrelang haben auch liberale und konservativ-christliche Kreise den bundesdeutschen Rechtsstaat und das europäische Friedensprojekt verteidigt. Noch vor einem Jahr waren wir uns einig: Wir lehnen die Hetze der Rechtsradikalen gemeinsam ab!

Heute setzt sich die CDU über Recht und Gesetz hinweg – nach dem Motto: „Legal, illegal, scheißegal!“ Sie übernimmt in weiten Teilen auch die Sprache der Rechtsextremisten und macht Migrant*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken.

Um ihre völkerrechtswidrigen Vorschläge zu rechtfertigen, will die CDU gar einen „nationalen Notstand“ ausrufen.

Aber wo ist der Notstand?

- Weniger als 20% der Einwander*innen sind Geflüchtete. Die Betriebe suchen händeringend nach Arbeitskräften.

- Die Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete stehen zu zwei Dritteln leer.
- Die Zahl der Asylsuchenden ist 2024 um 30% gesunken.

Gründe für die Ausrufung eines „Notstands“ sind offenkundig nicht gegeben. Die schrecklichen Taten psychisch kranker Menschen in Aschaffenburg und Magdeburg sind furchtbar. Aber sie rechtfertigen es nicht, Migrant*innen und Geflüchtete pauschal zu einer Gefahr zu erklären. Solche Pauschalisierungen, mit denen die Rechten Hass und Hetze fördern, sind Gift für unsere Demokratie!

Was die CDU fordert, ist nicht nur unmenschlich – es ist auch illegal.

Dennoch sie wird dabei unterstützt:

- Von einer ****FDP****, die ins Rechtsnationalistische abgeleitet und versucht, die AfD noch zu übertreffen.
- Von einem ****populistischen Bündnis um Sarah Wagenknecht****, das in seiner Menschenfeindlichkeit den Rechten in nichts nachsteht.
- Und natürlich von der ****AfD**** selbst – einer nachgewiesen rechtsextremen Partei, die am vergangenen Mittwoch gejubelt und gefeixt hat, weil die CDU ihre Forderungen übernimmt.
- Auch die Ampelregierung ist an der aktuellen Situation nicht unschuldig: Sie hat in den vergangenen drei Jahren das Narrativ von der „Bedrohung durch Migration“ aufgegriffen und weiter erzählt. Sie hat Verschärfungen in der Asyl- und Migrationspolitik durchgesetzt, von denen der ehemalige CSU-Innenminister Horst Seehofer nur träumen konnte. Sie hat „Abschiebungsoffensiven“ ausgerufen, der Inhaftierung von Geflüchteten, auch Kindern, an den Grenzen im Rahmen der GEAS-Reform zugestimmt und verfassungswidrige Leistungsstreichungen für Geflüchtete beschlossen.

Wir haben diese Politik als Flüchtlingsrat scharf kritisiert. Zumindest aber hat die Ampelregierung die Brandmauer gegenüber der AfD gehalten. Was diese Woche im Bundestag passiert ist, ist eine ****Zäsur****:

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat das rechte Lager versucht, **verfassungswidrige** Gesetze mit Unterstützung der AfD durchzusetzen. Auch Ex-Kanzlerin Angela Merkel hat sich entsetzt gezeigt und die Einhaltung des europäischen Rechts angemahnt.

Bernd Baumann von der AfD triumphierte nach der Abstimmung am Mittwoch und rief ein Neues Zeitalter unter Führung der AfD aus.

****Dagegen werden wir Widerstand leisten!****

Wenn wir die Rechte von Geflüchteten verteidigen, verteidigen wir auch unsere eigene Freiheit.

Erinnert sich noch jemand in der CDU an den hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke? Ein Mann, der 2019 von einem Rechtsradikalen ermordet wurde. Warum? Weil er Menschlichkeit zeigte, weil er sich für Geflüchtete einsetzte.

****Nie wieder ist jetzt!****

Wir sind die Brandmauer. Wir sind der Verfassungsschutz. Wir sind der Beweis, dass die Zivilgesellschaft sich nicht zum Schweigen bringen lässt. Die Niederlage von CDU und AfD in der gestrigen Abstimmung im Bundestag hat gezeigt, dass wir nicht wehrlos sind.

Gestern wurde im deutschen Bundestag der Angriff auf die Menschenrechte erst einmal abgewehrt. Das Recht auf ein Familienleben gilt für alle Menschen! Wollen wir hoffen, dass die Ampelparteien sich auch nach der Bundestagswahl noch daran erinnern werden!

Demokratie lebt von einer starken Zivilgesellschaft. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir werden weiter auf die Straße gehen. Gemeinsam werden wir Demokratie und Rechtsstaat gegen die Angriffe von rechts verteidigen.

****Solidarität statt Hetze!****

Nie wieder ist jetzt!